



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Integration,
Wohnen, Kinder, Familie -

Tagesordnung I Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 13. September 2023

Vorlagen-Nr. 23-A-79-0005

Handlungsprogramm Jugend ermöglichen - Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 24.05.2023 -

Das Handlungsprogramm Jugend ermöglichen muss unbedingt vor dem Hintergrund seiner Entwicklung betrachtet werden: Nachdem der Fokus städtischen Handelns viele Jahre lang auf Kinder und Eltern gerichtet war (auch bedingt durch vorgelagerte Gesetzesveränderungen) erfolgte ab 2016 eine Hinwendung zur Altersgruppe der Jugendlichen. Auf eine aufwändige, repräsentative Jugendbefragung im Jahr 2017 folgten ein breiter Beteiligungsprozess und die Erarbeitung des Handlungsprogramm Jugend ermöglichen.

Das Handlungsprogramm identifiziert acht für die Jugendlichen wichtige Handlungsfelder: Freizeit, Mobilität und Sicherheit, Dazugehören, Problembewältigung, Partizipation, Engagement und Informationsfluss. Für die Umsetzung des Handlungsprogramm Jugend ermöglichen hatten die Stadt-verordneten im Zuge der Haushaltsberatungen im Herbst 2019 insgesamt 4 Millionen zur Verfügung gestellt und unterstrichen damit die Bedeutung dieses außergewöhnlichen Programms. Durch die mit der Corona-Pandemie begründete Haushaltssperre konnte erst ab Herbst 2020 mit der Umsetzung der ersten Maßnahmen begonnen werden.

Die Maßnahmen sind nicht auf Einmaligkeit angelegt, sondern auf dauerhafte Angebote bzw. Informations- und Beteiligungsprozesse, die den Jugendlichen zeigen sollen, dass sie in Wiesbaden willkommen sind, dass ihre Nöte und Bedürfnisse gehört und beantwortet werden und dass ihre Perspektiven und ihr Engagement wertvoll für unsere demokratische und heterogene Stadtgesellschaft sind. Dies ist heute - mit den Folgen der Pandemie - noch wichtiger als zum Zeitpunkt des Starts des Handlungsprogramms. Aus Sicht des Jugendhilfeausschusses wäre es fatal, diesen eingeschlagenen Weg in einer Sackgasse enden zu lassen.

Der Jugendhilfeausschuss appelliert deshalb an die Stadtverordneten, die Sitzungsvorlage SV 23-V-51-0018 kurzfristig zu beschließen, damit das damit verbundene Personal gesichert und die Angebote (wie z.B. das JiZ, Jugend ermöglichen mit Akzeptanz u. v. m) fortgeführt werden können. Hierfür kann nicht bis zu den Haushaltsberatungen gewartet werden, da die Fachkräfte sonst verloren gehen.

Beschluss Nr. 0100

Der Antrag des Jugendhilfeausschusses wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung in die Haushaltsplanberatungen 2024/2025 überwiesen.

1. Dem Vorsitzenden des Ausschusses
für Finanzen und Beteiligungen
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2023

2. Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Sebastian Rutten
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .09.2023

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2023

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister